Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 455

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.56, vierteljährlich Mk. 22.68 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 13. Oktober

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile (0) ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9280. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Reichsnotopfer und Landwirtschaft

Von
Dr. Ernst Oberfohren,
Mitglied des Reichstags.

Bekanntlich ist es insbesondere durch die unermüdliche Arbeit der Rechtsparteien in der Nationalversammlung erreicht worden, daß an Stelle des sog. gemeinen oder Verkaufswertes, der bereits in sämtlichen Steuergesetzentwürfen der Nachkriegszeit als Grundlage der Wertermittlung bei dem landwirtschaftlichen Besitz angelegt war, der Ertragswert gesetzt worden ist. Die Bedeutung dieser Tatsache ist so groß, daß ohne Uebertreibung gesagt werden kann, daß dadurch die Landwirtschaft vor dem Ruin bewahrt worden ist. Denn die Ansetzung des Verkaufswertes, wie er sich unter den Konjunkturverhältnissen des Krieges gebildet hat, hätte namentlich angesichts der außerordentlich hohen Sätze, die sich in den Besitzsteuergesetzen finden, insbesondere bei der großen Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und dem Reichsnotopfer den landwirtschaftlichen Besitz vernichtend getroffen.

Natürlich konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß unter den Steuergesetzen, deren Ziel es war, den ungeheuren Finanzbedarf des Reiches zu befriedigen, diejenigen die erste Rolle spielen mußten, die Vermögen und Besitz heranziehen sollten. Diese selbstverständliche Tatsache durfte aber nicht in einer Weise zur Geltung gebracht werden, die vernichtend auf das Wirtschaftsleben einwirkte. Die Voraussetzung jeder vernünftigen Steuerpolitik gegenüber dem Besitz muß die sein, daß man dem Besitz und den Betrieben, in denen er arbeitet, nicht die Arbeitsmöglichkeit und damit die Produktionsmöglichkeit zerstört. Das aber gerade würde unweigerlich geschehen sein, wenn man tatsächlich in der oben angedeuteten Weise bei der Vermögensfestellung den gemeinen Wert der Grundstücke zugrunde gelegt hätte. Zur Grundlage der Wertermittlung darf eben niemals ein Wert genommen werden, der nur auf vorübergehender Konjunktur aufgebaut ist, insbesondere da nicht, wo es sich wie beim Grundbesitz um ein festes Objekt handelt, an dem vorübergehende Preissteigerungen nichts ändern können, wie das bei beweglicher Handelsware der Fall sein mag. Für allen Grundbesitz, insbesondere aber für den landwirtschaftlichen, ist vielmehr nur ein solcher Wertmesser zu rechtfertigen, der sich auf dem Ertrage aufbaut. Jeder andere Wert hat einen spekulativen Charakter und ist daher haltlos.

Aber auch dieser Ertragswert darf, wie die Nationalversammlung schließlich in der Reichsabgabenordnung anerkannt hat, sich nur auf den Erträgnissen aufbauen, die untergewöhnlichen Verhältnissen entstanden sind. Dementsprechend bezeichnet die Reichsabgabenordnung als Ertragswert bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken „das fünfundzwanzigfache des Reinertrages, den sie nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohnten fremden Arbeitskräften im Durchschnitt nachhaltig gewähren können". Bei Erörterung der Angelegenheit wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß man die Kriegs- und Revolutionsjahre unmöglich als Jahre gewöhnlicher Verhältnisse ansprechen dürfe, daß sie vielmehr als gewöhnliche Jahre möglichst außer acht zu lassen seien! Auf eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtete Anfrage wurde die Antwort erteilt, daß man in Auslegung der Worte, „unter gewöhnlichen Verhältnissen" und „nachhaltig" die Friedensjahre jedenfalls nicht unberücksichtigt lassen könne.

Der in der Gesetzgebung ausdrücklich anerkannte Begriff des Ertragswertes wird rücksichtslos durchbrochen durch die „Richtlinien", in denen das Reichsfinanzministerium vor kurzem die bei der Veranlagung zur Anwendung zu bringenden Bewertungsgrundsätze für die Wertermittlung nach dem Reichsnotopfergesetz bekanntgegeben hat. Diese Richtlinien verlangen nämlich, daß für die Ermittlung des Ertragswertes der Grundstücke die Erträgnisse der Jahre 1914 bis 1919 zugrunde gelegt werden sollen. Die ungeheuren geradezu vernichtenden Wirkungen, die die Durchführung dieses Grundsatzes für die Landwirtschaft haben müßte, liegen klar zutage. Es wird deshalb mit dem allergrößten Nachdruck betont werden müssen, daß die unter dem 4. September erlassenen Grundsätze für die Feststellung des Ertragswertes auf Grund des durchschnittlichen Jahresertrages der Kriegs- und Revolutionsjahre 1914 bis 1919 dem klaren Wortlaut wie dem Sinne der betreffenden Bestimmung der Reichsabgabenordnung zuwiderlaufen und deshalb ungesetzlich sind. Der Wortlaut des Gesetzes spricht von der „gemeinüblichen Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen". Der Reichsfinanzminister aber verlangt jetzt Berücksichtigung lediglich der durchaus ungewöhnlichen Jahre 1914 bis 1919. Der Wortlaut des Gesetzes fordert eine Berechnung dessen, was die Grundstücke „im Durchschnitt nachhaltig gewähren können", und jeder mitgemachten Sachkundige weiß, daß aus Mangel an Düngemitteln wie an Arbeitskräften in den letzten Jahren vielfach Raubbau getrieben werden mußte. Der Gesetztext häuft nirgends an der betreffenden Stelle die Worte, um jede Einstellung lediglich auf die Kriegsjahre auszuschließen; der Reichsfinanzminister kommt in letzter Stunde mit einer Anweisung, die der Landwirtschaft nicht nur die Mittel zum Wiederaufbau schmälert, sondern sie in sehr vielen Fällen geradezu in ihrer Existenzfähigkeit gefährdet.

Nach alledem sind die Landwirte trotz der „Richtlinien" auf keinen Fall verpflichtet, bei der Steuerveranlagung zum Reichsnotopfer lediglich die Erträgnisse der Jahre nach Kriegsausbruch zugrunde zu legen. Es würde vielmehr den gesetzlichen Vorschriften und den gerade der Landwirtschaft im Interesse ihrer Aufbaumöglichkeiten entgegenzubringenden Billigkeitsrücksichten entsprechen, wenn für die Notopferveranlagung des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes zunächst der durchschnittliche normale Friedensertrag zugrunde gelegt würde. Es ist deshalb das Nächstliegende, wieder auf den Mehrbeitragswert zurückzugreifen und von diesem Wert vier Fünftel anzusetzen. (Da die Kapitalisierung des Jahresertrages zum Mehrbeitrag 25 fach war, während sie zum Notopfer nur 20 fach ist.) Von dieser Grundlage aus könnte dann eine Ausgleichung an einen Ertragswert erfolgen, in dem auch die Erträgnisse der Jahre nach Kriegsausbruch mit zur Geltung kommen.

Neue Vorlagen für den Reichstag

Novelle über das Reichsnotopfer

h. Berlin, 12. Oktober.

Dem Reichstag werden, wie wir hören, in der nächsten Zeit eine Reihe von Vorlagen zugehen, die auf Gesuch der Regierung möglichst bald verabschiedet werden sollen. Hierzu gehören u. a. eine Novelle zum Besoldungsgesetz, ein Entwurf über Ortsklasseneinteilung, ein Militärdisziplinargesetz die Novelle über das Reichsnotopfer und über die Entlassung Kriegsbeschädigter. Daneben wird der Reichstag die Etatsberatungen fortführen und an Hand von Weißbüchern über Oberschlesien, Eupen und Malmedy, und innerpolitische Fragen sprechen.

Die Etatsberatungen in der preußischen Landesversammlung beginnen am 19. Oktober. Zu Beginn derselben wird der Finanzminister sich über die finanzielle Lage Preußens und die Notwendigkeit neuer Steuern auslassen.

w. Berlin, 12. Oktober.

Die Vorlegung des neuen Gesetzes gegen die Kapitalflucht ist veranlaßt durch die Tatsache, daß das bisherige Gesetz am 1. Oktober außer Kraft getreten ist. Man hatte bei der Festsetzung dieses kurzen Termins angenommen, daß die Vorlegung des hauptsächlichsten neuen Steuern bis dahin abgeschlossen sein werde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten, und es müssen die Abwehrmaßnahmen gegen die Kapitalflucht aufrechterhalten werden. Das neue Gesetz faßt die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen zerstreuten Vorschriften dieser Art zusammen.

Die Rückkehr zur Ordnung

b. Bremen, 11. Oktober.

In einem Interview mit einem Vertreter der „Weserztg." erklärte Präsident Dr. Carl auf die Frage nach seinem Programm als Reichsfinanzkommissar:

„Der Grundgedanke der Aktion zur Wiedergesundung des deutschen Finanzwesens, zu deren Durchführung ich dem Reichsfinanzminister als Reichsfinanzkommissar beigeordnet wurde, ist, daß die Reichsverwaltung allmählich eine Ausdehnung angenommen hat, die mit dem Stande der Reichsfinanzen wie mit den Wirtschaftsbedürfnissen unverträglich ist. In Handel und Industrie wie auch in weiten Kreisen der Bevölkerung hat sich die Erkenntnis festgesetzt, daß eine Ueberorganisation der gesamten Reichsverwaltung vorliegt und daß dabei nicht die Ordnung und Klarheit in der Erledigung der Regierungsgeschäfte herrscht, die man vor dem Kriege in der deutschen Beamtenschaft, namentlich in der Reichsverwaltung für selbstverständlich angesehen hat. Zu prüfen, wo hier Abstriche gemacht werden können unter finanziellen Gesichtspunkten, ist zunächst die Hauptaufgabe. Richtschnur dabei ist, daß die Reichsverwaltung sich auf die unbedingt notwendigsten Aufgaben, die dem Staate obliegen, beschränken muß. Alle Aufgaben, die nicht zu den Lebensnotwendigkeiten gehören, müssen zunächst fallen. Schlimmes kann uns dabei auch auf dem sozialen Gebiet nicht passiere. Denn wir sind den übrigen Ländern auf diesem Gebiet soweit voraus, daß wir auf ihm jetzt die anderen ein wenig vorgehen lassen können. Die dann noch übrigbleibenden Aufgaben müssen auf dem zweckmäßigsten und billigsten Wege gelöst werden. Nur unter den Gesichtspunkten rein verwaltungstechnischer Natur ohne Rücksicht auf Wünsche von irgend welcher Seite müssen die Verwaltungen prüfen, ob eine Ausgabe auf Staatsrechnung gemacht werden darf oder nicht.

Es wird dabei Anstoß erregt werden an allen Ecken und Enden. Das ist selbstverständlich, aber es wird die Ueberzeugung jetzt überall vorhanden sein, daß es nicht mehr geht ohne die allerstärksten Eingriffe in das, was der einzelne gern unberührt sehen möchte. Jeder wird sich die Eingriffe, unter denen er leidet, gefallen lassen müssen im Interesse des ganzen. Nur wenn man den Glaube haben kann, daß diese Uebergewaltigung eine weitverbreitete ist, daß sie allmählich dem deutschen Volke in Fleisch und Blut übergeht, nur dann kan man den Mut haben, an die Lösung einer Aufgabe heranzugehen, die die Uebernahme des Postens des sogenannten Reichsfinanzkommissars zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung fordert."

Englisch-französischer Gedankenaustausch

In der Frage des Verfahrens, das zur Festsetzung der Höhe der von Deutschland geschuldeten Entschädigung angewendet werden soll, hat ein bedeutsamer Meinungsaustausch zwischen London und Paris stattgefunden. Lord Curzon, der englische Staatssekretär des Aeußern, hat in dieser Angelegenheit am 6. d. M. eine ausführliche Note an den Quai d'Orsay gerichtet, auf die nach Pariser Pressemeldungen bereits von der französischen Regierung eine Antwort erteilt worden ist. Die englische Regierung hält danach an den Standpunkt fest, daß eine internationale Konferenz in Genf gemäß den in Spa Deutschland gegebenen Zusagen den Betrag der Entschädigungssumme ermitteln und bestimmen soll. Dieser internationalen Konferenz soll eine Zusammenkunft von Sachverständigen der beteiligten Mächte vorausgehen, die nach englischer Anschauung zweckmäßig in Köln stattfinden würde.

Demgegenüber soll die Pariser Regierung einer Zeitungsnachricht zufolge erklärt haben, daß auch sie an der Abhaltung einer Zusammenkunft von Sachverständigen festhalte, wie sie in Spa vorgesehen sei. Da der Vertrag von Versailles aber die Festsetzung der deutschen Schuld durch die Wiedergutmachungskommission vorschreibt, rege Frankreich an, die Teilnehmer an der Beratung der Sachverständigen der Wiedergutmachungskommission zu entnehmen und einen anderen Ort als Genf zu wählen. Dieser wäre nach französischer Auffassung wohl Paris.

w. Paris, 12. Oktober.

Wie „Matin" meldet, dürften Lloyd George und Delacroix eine neue Besprechung haben, da England aus Paris eine Note erhalten habe über die gewissen Vorbehalte, die der englische Ministerpräsident gemacht habe betreffend verschiedene von dem belgischen Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Punkte.

w. London, 12. Oktober.

Die „Times" schreiben nach einem Drahtbericht unseres Sondermitarbeiters:

In amtlichen Kreisen wird die französische Note über die Entschädigungsfrage als im großen und ganzen befriedigend angesehen. Es verlautet, daß die englische Regierung vermutlich einer Vorbesprechung der Sachverständigen zustimmen werde, an die sich dann eine Vollversammlung in einem neutralen Land nach Art der Konferenz von Spa anschließen werde. Die Vorbesprechung wird von jedem Lande einschließlich Deutschland mit zwei Sachverständigen beschickt werden. Es wird erklärt, daß die englische Regierung noch immer der Ansicht wäre, daß die Deutschen als vollberechtigte Teilnehmer an der Vollversammlung teilnehmen sollen. England sieht das Uebereinkommen von Spa nicht als hinfällig an.

3¾ Millionen Konferenzkosten

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Genf, 12. Oktober.

Der Pariser „Matin" meldet aus Brüssel:

Die Gesamtkosten der Brüsseler Konferenz sollen 3¾ Millionen Franken betragen. Es wäre sehr fraglich, ob das Ergebnis der Konferenz den gewaltigen Kosten entspreche.

Die Schweizer Anleihe in Amerika

b. Bern, 8. Oktober.

Im Nationalrat entspann sich am Mittwoch eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Bundesrat Musy und dem sozialistischen Nationalrat Naine über die Aufnahme der Anleihe von 125 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten, deren Bedingungen in der Schweiz bekanntlich als ziemlich drückend empfunden werden. Nationalrat Naine behauptete, das Geld hätte auch durch kurzfristige Kassenscheine beschafft werden können, wogegen sich Bundesrat Musy mit der Feststellung verwahrte, daß die Durchführung dieses Vorschlages zur Noteninflation und damit zur finanziellen Katastrophe geführt hätte. Die Anleihe wurde schließlich mit 86 gegen 28 Stimmen genehmigt.

Ein Antrag des Basler Nationalrats Gelpke an den Bundesrat, Vorschläge über die Neuorientierung der Niederlassungspolitik und über die zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Ueberfremdung erforderlichen Maßnahmen zu machen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Antragsteller führte aus, die schweizerischen Großstädte seien bereits überfremdet. Schreitet die Einwanderung in gleicher Weise fort, so werde in verhältnismäßig kurzer Zeit der größere Teil der schweizerischen erwerbstätigen Bevölkerung Ausländer sein. Auch die soziale Versicherung würde größtenteils Ausländern zugute kommen.

Rücktritt der schwedischen Regierung

w. Stockholm, 12. Oktober.

Der Rücktritt der Regierung ist nicht vor Ende dieser Woche zu erwarten. „Svenska Dagbladet" zufolge glaubt die Regierung nicht auf eigene Verantwortung zurücktreten zu können. Sie wird deshalb in den nächsten Tagen mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei eine Konferenz abhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010131-13/fragment/page=0001

Der Parteitag der Unabhängigen

Erster Tag Nachmittagssitzung.

Halle, den 12. Oktober.

Das Referat über die Tätigkeit der Partei konnte Luise Zietz in Ruhe und Einmütigkeit zu Ende bringen. Ebenso gleichmäßig verlief auch das zweite Referat des Vormittags, welches Genosse Bock-Hagen über die Kontrolle der Finanzen usw. der Partei erstattete. Man trennte sich um 1 Uhr mittags in bester Laune und trat in derselben ruhigen Stimmung um 3 Uhr nachmittags zusammen. Jetzt setzte die Debatte über die vormittags erstatteten beiden Referate ein. Allmählich wird es lebhafter im Saale der Delegierten, die Debatter von beiden Richtungen sprechen mit mehr Temperament und Schwung als die beiden Referenten, und man hört jetzt auch aufmerksamer den Ausführungen zu. Der Höhepunkt in dieser Debatte tritt ein, als die beiden bekanntesten Wortführer der Richtungen zu Worte kommen: Koenen für die Kommunisten und Crispien für die Unabhängigen. Jetzt wechselten Beifall und Widerspruch einander kraftvoll ab. Crispien meint, daß Koenen nur das böse Gewissen auf die Rednertribüne getrieben habe, und als er den Kommunisten ordentlich die Meinung gesagt hat und ihm sein Anhang brausenden Beifall zollte, die Gegenseite aber schweigt, da konstatiert er unter neuem Beifall, daß seine „Peitschenhiebe gesessen" hätten, worauf jetzt auf der anderen Seite wüster Radau einsetzt. Immer, wenn die Stimmung „wild" zu werden droht, erhebt sich Adolf Hoffmann und ruft den lautesten Schreiern das Wort „Dekorationsmaler" zu. Dann entsteht allemal gelinde Heiterkeit und die Wogen glätten sich wieder. Die radikale Richtung macht auch im folgenden der anderen immer wieder den Vorwurf, bei „Ereignissen höchster Entscheidungen" zu schlapp gewesen zu sein, und diese quittiert den Vorwurf ebenso stereotyp mit der Feststellung, daß die Kommunisten niemals recht gewußt hätten, was sie eigentlich wollten. So hätten sie während des Generalstreiks im März an einem einzigen Tage drei verschiedene Parolen ausgegeben. Das ist das „Thema" der Auseinandersetzungen; verschieden sind immer nur Worte und Temperament der Redner. Zuweilen wird man ebenso deutlich wie brüderlich, wenn etwa ein Unabhängiger ausruft: „Ihr werdet mit euren elenden Verdächtigungen schon noch unter das Rad kommen", worauf ein ohrenbetäubender Lärm der so Gekennzeichneten und ein ostentativer Beifall der Unabhängigen einsetzt.

Genosse Scholem vom Hallescher „Volksblatt" verteidigt den „Ton", den er und die Seinen im „Volksblatt" eingeschlagen haben, und der denen auf die Nerven gefallen sei, die sich als Anstandswauwau der Revolution aufspielten. Zu letzteren gehört bekanntlich auch der Halleschr Stadtverordnetenvorsteher Hennig, der als Leiter des politischen Teiles des „Volksblattes" einige Tage vor Beginn des Parteitages sich über den rüden Ton im lokalen Teile des „Volksblattes", den Scholem leitet, beschwerte. Es war ergötzlich, zu sehen, wie sich in demselben „Volksblatt" die beiden Richtungen in der Partei befehdeten: der politische Teil gegen den lokalen, und dieser wieder gegen den politischen. Genosse Scholem versichert mit sprechenden Arm- und Körperbewegungen, daß er immer den Ton gebrauchen werde, der den Gegnern auf die Nerven falle, und je mehr dies geschehe, um so stolzer werde er auf seine Leistungen sein. Die Kommunisten stimmen ihm zu, die Unabhängigen lächeln über den sehr jugendlichen — Redner?, nein, den Schreiter, der unter nicht eben bedeutendem Beifall schließlich endet. Es ist in der Nachmittagsdebatte bemerkenswert, daß die Redner der beiden Richtungen gegenseitig die von ihnen vorgebrachten positiven Mitteilungen anzweifeln, so daß nacheinander immer von beiden Seiten Zeugen für die Richtigkeit ihrer Ausführungen angeführt werden müssen, was oft Heiterkeit, mehr aber noch ungläubigen Widerspruch von der Gegenseite weckt. Man mißtraut sich gegenseitig schon jetzt auf das Schärfste.

Der Genosse Koenen-Halle verschärft die Debatte bereits soweit, daß er dem Parteivorsitzenden der U. S. P., Crispien, glatten Verrat an der Sache des Proletariats vorwirft. Ihm sekundiert der Genosse Stoecker, der seine Ausführungen mit der Versicherung einleitet, daß er nicht in den pastoralen und schulmeisterlichen Ton verfallen wolle, den Crispien angeschlagen habe. Seine Anklagen gegen die Crispinisten, die nichts vom Anschluß an Moskau wissen wollen, hageln jetzt förmlich hernieder. Man erfährt durch ihn auch von den furchtbaren Gegensätzen und Kämpfen, die in der Zentralleitung der Partei vorhanden gewesen sind, und als er zum Schluß eine einheitliche Parteileitung fordert, da wird ihm von rechts entgegnet: „Jawohl, aber ohne Stoecker!" Der folgende Redner, ein unbekannter Hamburger, bringt eine Sensation. Er teilt zum größten Erstaunen der Versammlung mit, daß die Reichsregierung soeben eine Verordnung erlassen habe, nach welcher die beiden russischen Delegierten, Sinowjew und Bucharin, denen die Einreiseerlaubnis erteilt worden war, sofort ausgewiesen werden. Die Bestürzung legt sich aber wieder, als der Leiter des Parteitages, Dittmann, nach der Quelle dieser Nachricht fragt und ihm keine übergeugende Antwort gegeben werden kann. Stimmungsmache? — Lebhaft wird es wieder während der Rede des Genossen Dr. Rosenfeld, der die Frage erörtert, warum der Generalstreik während der Kapptage nicht zum bewaffneten Aufstande des gesamten Proletariats geführt habe, was von den Radikalen beabsichtigt gewesen war. Nach seiner Ansicht soll dieser Plan allein an der Zaudertaktik der „Vorsichtigen" um Dümmig und Crispien gescheitert sein, welche die Aktivität der Kommunisten immer nur als „Revolutionsromantik" verspottet hätten. Seine Schlußworte gipfeln in der Forderung, daß revolutionäre Kraft mit revolutionarer Gesinnung gepaart sein müsse — was den ganz Radikalen gilt, die mit verlegenem Schweigen reagieren. Als kurz vor 7 Uhr ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wird, standen „nur" noch 20 Redner auf der Liste. Nach kurzen Bemerkungen verschiedener Redner „zur sachlichen Richtigstellung" wurden die Verhandlungen auf Mittwoch, vormittag 9 Uhr, vertagt. Dann wird Luise Zietz zuerst das Schlußwort über den ersten Punkt der Tagesordnung sprechen — und dann? Dann wird man sich über die Frage des „Anschlusses" „unterhalten" .....

Bevor man aber auseinandergeht, teilt der Vorsitzende Dittmann noch mit, daß man sich in der Sache der angeblichen Ausweisung der Russen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin telephonisch in Verbindung gesetzt und die Auskunft erhalten habe, daß die Aufenthaltsfrist von Sinowjew und Bucharin abgelaufen sei und sie eine Verlängerung nicht nachgesucht hätten. Darum müßten sie abreisen. Es könne also von „Ausweisung" nicht gesprochen werden. Man beschließt, für sie beim A. A. einzutreten, damit sie solange in Deutschland bleiben können, wie es ihnen beliebt.

So ist denn der erste Tag dieser wichtigen Auseinandersetzungen verhältnismäßig ruhig verlaufen. Aber es scheint die Ruhe vor dem Sturm sein zu sollen. Denn just um dieselbe Zeit, um die diese Tagung schließt, beginnt im Apollotheater am Niebecksplatz eine Versammlung der Kommunistischen Partei, für welche als Redner neben Rühle und Pfampfert die russischen Delegierten Sinowjew und Bucharin angezeigt sind.

Die Hallesche K. A. P. D. gegen Moskau

Die K. A. P. D. Halles hatte gestern abend im Apollotheater eine öffentliche Volksversammlung einberufen, die einen sehr starken Besuch aufwies. Der Hauptredner des Abends, der Genosse Otto Rühle aus Dresden, gab in 1¼ stündiger Rede einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Parteien, legte deren Ziele im einzelnen dar und hob die trennenden Merkmale hervor. Seine Ausführungen gipfelten in dem Gedanken, daß nur die K. A. P. D. die Interessen des Proletariats vertreten könne, da sie frei von jeder Parteibürokratie sei. Aus diesem Grunde lehne seine Partei auch den Anschluß an Moskau ab, da sie sich aufbaue auf einem zentralen Parteisystem. Im gleichen Sinne äußerte sich ein Mitglied der K. A. P. D. Dresden. An der sich anschließenden Debatte beteiligten sich mehrere Unabhängige, die sich gegen die Ausführungen der beiden Vorredner wandten. Mit einem Hoch auf die Internationale, das recht dürftig ausfiel, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Einkreisung der Bolschewisten

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Warschau, 12. Oktober.

Gegenwärtig finden hier zwischen der polnischen und der südrussischen Regierung Verhandlungen statt zum Zweck der Herstellung einer gemeinsamen Kampffront gegen die Bolschewisten.

Verhandlungen im Zeitungsstreik

w. Berlin, 12. Oktober.

Zum Streik im Zeitungsgewerbe wird uns vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium noch heute versuchen wird, neue Verhandlungen zwischen den Parteien einzuleiten.

Deutschnationale Parlamentsarbeit

Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten.

Die wiederholte Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten hat die Abgg. Oelze, Lukassowitz und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei in der Preuß. Landesversammlung veranlaßt, folgenden Antrag einzubringen:

„Die verfassungebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen bei der erneuten Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten die schwerringenden Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere den kinderreichen Familien, durch geeignete Maßnahmen zu helfen und zu verhindern, daß Schichten, die seit langer Zeit wichtige Kulturträger gewesen sind, ihren Kindern die ihrer Begabung entsprechende Ausbildung nicht mehr zu teil werden lassen können."

Beschränkung der Zahl der Studienassessoren.

Die angeblich geplante Beschränkung der Zahl der Studienassessoren bekämpft die nachstehende große Anfrage der Abgg. Oelze, Dr. Hoffmann (Kattowitz), Mittag, Frau Dr. Spohr und der übrigen Mitglieder der deutschnationalen Fraktion in der Preuß. Landesversammlung:

„In Kreisen der preußischen Studienassessoren herrscht lebhaftete Sorge über angebliche Absichten der Staatsregierung, deinen zufolge von den ca. 4500 Studienassessoren eine beschränkte Zahl von 1500 „nach der Tüchtigkeit", zum 1. Oktober in eine Anwärterliste aufgenommen werden sollen, auf die die Bestimmungen der neuen Besoldungsordnung Anwendung finden. Der Rest soll, soweit er zum Unterricht herangezogen wird, auf Privatdienstvertrag beschäftigt werden. Sind diese Gerüchte zutreffend? Wenn ja, in welcher Weise will die Staatsregierung die hierin für zahlreiche Assessoren, insbesondere Kriegsteilnehmer, liegenden Härten beseitigen?"

Bekämpfung der Schmutzliteratur.

Beschleunigtes Vorgehen gegen die Schmutzliteratur fordert nachstehende Anfrage des deutschnationalen Abg. D. Mumm im Reichstag:

„In Nr. 528 der Reichstags-Drucksachen stellt die Reichsregierung umfassende Erhebungen über die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Aussicht; sie nimmt eine Bestimmung für das siehende Gewerbe, entsprechend der im § 56 Ziffer 12 der Gewerbeordnung für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, in Aussicht. Ist die Reichsregierung gewillt, im Blick auf die schreienden Notstände ihre Vorbereitungen so zu beschleunigen, daß die Vorlage Anfang 1921 dem Reichstrat zugehen kann? Welche Maßnahmen hat die Reichsregierung infolge der von der Nationalversammlung bei der dritten Beratung des Lichtspielgesetzes einmütig angenommenen Entschließungen bisher getroffen?"

Entschädigung beim Tuberkulosetilgungsverfahren.

Mißstände bei der Entschädigung im Tuberkulosetilgungsverfahren bringt die nachstehende Anfrage der deutschnationalen Abgg. Mentzel (Stettin), Graef (Anklam) und Witt in der Preuß. Landesversammlung zur Sprache:

„Durch die Einführung des staatlich anerkannten freiwilligen Tuberkulosetilgungsverfahrens soll dem — namentlich im Kriege geförderten — Weitumsichgreifen der Tuberkulose unter dem Rindvieh gesteuert und erreicht werden, daß diese gefährliche Krankheit allmählich aus dem deutschen Rindviehbestand die völlig verschwindet. Für diejenigen Viehbestände, deren Besitzer sich dem Tuberkulosetilgungsverfahren gegen Zahlung einer vorgeschriebenen nach der Seelenzahl bemessenen Untersuchungsgebühr anschließen, sind staatliche Entschädigungen für die als krank befundenen und durch Tötung auszumerzenden Rinder vorgesehen. Dieses Entschädigungsverfahren leidet aber augenblicklich an einer, selbst unter den heutigen Verhältnissen so außergewöhnlich langen Verschleppung bei den verschiedenen Behörden wie Landratsamt, Regierung usw. und die Entschädigungen werden so außerordentlich gering bemessen, daß den Landwirten die Unterstützung des Verfahrens durch Beitritt zu dem Tuberkulosetilgungsverfahren oder Verbleiben in demselben verleidet wird. Das gefährdet den gesunden Ausbau unserer Viehbestände und damit die Ernährung des deutschen Volkes mit Fleisch, Fett und Milch, wie indirekt die Bekämpfung der menschlichen Tuberkulose. Sind der Staatsregierung diese Zustände bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um im Interesse der Allgemeinheit hierin Wandel zu schaffen?"

Die Bank von Kuba hat wegen des auf mehrere Banken erfolgten Runs die Auszahlungen vorläufig eingestellt. Die Börse ist auf die Dauer der Krisis geschlossen worden. Als Grund für die Lage wird u. a. angegeben, daß sehr hohe Darlehen auf Zucker gemacht worden sind, als der Zuckerpreis seinen Höchststand erreicht hatte.

Wirtschaftsbeihilfen. Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf zu über Erstattung der von Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbeihilfen.

Anna Nissens Traum

[37 Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, ja, ja ... Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort ..." rief Thordsen. „Wo steckt denn unser junger Ehemann?"

„Im Atelier. Er hat Sitzung. Eine hiesige Dame läßt sich malen; hoffentlich verschwindet sie bald."

Die Geduld der Wartenden wurde indessen noch auf eine ziemlich lange Probe gestellt. Erst gegen drei Uhr gewährte Frau Heloise die Sitzung aufzuheben. Anneline wurde noch einmal herbeizitiert, um ihr beim Toilettenwechsel behilflich zu sein.

„Das nächste Mal soll sie sich aber ihr Mädchen mitbringen," sagte Anneline ärgerlich, als sie ins Wohnzimmer trat, ich habe gar kein Geschick für Kammerjungferdienste."

„Sie will überhaupt nicht mehr herkommen," entgegnete Helmut. „Sie will ein Zimmer in ihrem Haus als Atelier herrichten lassen, und ich soll sie dort malen ..."

„Und darauf läßt du dich ein?"

Helmut zuckte die Achseln. „Was will ich machen. Je que femme veut, dieu ce veut. Weigere ich mich, ist sie capabel, ihren Auftrag zurückzuziehen. Wenn ich ein berühmter Meister wäre, würde ich mich natürlich für derartige Vorschriften und Bedingungen bedanken; vorläufig ist mir aber an dem Auftrag, der mir etwa viertausend Mark bringt, noch genug gelegen, daß ich einige kleine Unbequemlichkeiten gern in den Kauf nehme."

Draußen klatschte der Regen in Strömen auf das Straßenpflaster, und es war so dunkel, daß beim Mittagessen um vier Uhr die Vorhänge herabgelassen und die Lampe angezündet werden mußte. In der Lampenhelle sah das traute Zimmer, in dem sich ein phantastischer Künstlergeschmack sehr originell und glücklich mit einer gewissen breitspurigen Behaglichkeit vereinte, doppelt anmutig und gemütlich aus. Das Licht der Hängelampe flog goldhell über den sauber gedeckten Tisch in der Mitte, um an Wänden und in Ecken in blassen Halbschatten zu verdämmern ...

Eine frohe, aufgeräumte Stimmung herrschte in der kleinen Runde. Die Ankunft der lieben Gäste hatte auch aus Annelinens Augen die Schatten vertrieben. Trotz der herben Wahrheiten, die der alte Herr ihr gesagt hatte, empfand Anneline den Besuch ihres Schwiegervaters als eine Art Rehabilitierung. Sie war ganz stolz und selig in ihrer Würde als junge Hausfrau, die zum ersten Male Gäste an ihrem Tische sieht. Nur einmal wurde sie wieder traurig, als das Gespräch ihren Hochzeitstag streifte. Der war gar so trübselig gewesen, ein finsterer, stürmischer Regentag, und an diesem Tage war sie sich doch ihrer Verlassenheit und Ausgestoßenheit bewußt geworden. Die beiden ihr fremden Trauzeugen, Kollegen von Helmut, hatten nach der Trauung mit ihnen zusammen im Gasthaus gegessen, aber es hatte wie ein Druck auf allen gelegen, und die sporadischen Scherzworte hatten keinen Widerhall gefunden. „Wir wollen uns einbilden, dieses sei nun ein verspätetes Hochzeitsmahl," sagte Thordsen freundlich, und er schenkte sich ein Glas voll mit Rotwein und erhob sich. „Und ob Hochzeitsmahl im großen Kreise oder en famille, ob rechtzeitig oder post festum, zu jedem gehört ein Toast, gewiermaßen als Signatur der Feier, den wollen wir uns deshalb nicht schenken. Unsere liebe junge Frau und ich sprachen vorhin über die unchristlichste aller Devisen, daß jedermann sich selbst der Nächste sein soll; wir wollen an Stelle dieses Wortes nun ein anderes, berechtigteres setzen. „Jeder ist seines Glückes Schmied". Ihr, meine Kinder, habt das Glück ein wenig gewaltsam geschmiedet! Es ist ein sprödes, eigensinniges, schwer zu behandelndes Metall, dieses Glück der Ehe: gar oft zerspringt es wie Glas unter den Hammerschlägen des Schicksals, oder es schmilzt und vergeht, ohne ersprießliche Gestalt anzunehmen. Wir aber wollen hoffen, daß es die rechte Schmiede war, in der ihr euch ein echtes, unvergängliches, goldreines und eisenfestes Glück zusammenschweißtet. Möchte die Sonne eurer Liebe, die den Frühling eurer Ehe erhellt, euch nie verlöschen! Möchte sie euch über die Hochsommertage und den Herbst eures Lebens hinaus scheinen und mit ihrem milden Glanze euch auch noch den weißen Winter erwärmen. Wenn aber euer Glück standhält, wenn es sich herausstellt, daß es die Feuerproben der Zeit bestand, wenn es noch nach Jahren wie heute seine frühlingsfrischen Ketten um eure Herzen schlingt, dann werden auch die beiden einsamen, verbitterten Menschen droben in der Marsch, die in unserem heutigen Kreise fehlen, milderen Anschauungen und versöhnlicheren Gefühlen nicht mehr unzugänglich sein! Wenn sie sehen, daß aus der Gewaltschmiede ein schönes, reines, starkes Glück hervorging, werden ihre Arme sich euch wieder öffnen, und so wollen wir denn unser Glas in dem Wunsche leeren, daß wir uns mit den fernen Eltern dereinst hier zusammenfinden — eine vereinte, versöhnte, glückliche Familie. Das walte Gott."

Leise klangen die Gläser zusammen und wurden schweigend geleert. Eine Weile blieb es still; dann durchbrach ein fröhliches Wort des Künstlers den Bann, und die Stimmung war wiederhergestellt.

Etwas nach zehn Uhr gingen Thord Thordsen und Suse nach ihrem Hotel. Suse war ganz erfüllt von dem reizenden Heim und dem Glücke des jungen Ehepaares. „Die beiden sind wie für einander geschaffen, Vater," sagte sie, „glaube wir, es war das einzig Richtige, wie sie es machten. Anna Nissen wollte sie mit Gewalt auseinander bringen. Ich wüßte nicht, wie sie es anders hätten anstellen sollen, zusammenzukommen."

Thordsen nickte. „Wir wollen das Beste hoffen. So wie heute bleibt es ja nicht immer. Anneline wird sich nicht immer ganz glatt in das Milieu ihres Mannes hineinfinden. Dazu ist der Unterschied zu groß. Wie gesagt, wir wollen das Beste von der Zukunft des jungen Paares hoffen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010131-13/fragment/page=0002

Die Demokraten und die Wahlverschleppung in Preußen

Im Tone sittlicher Entrüstung weist die Demokratenpresse Anlaß eines Artikels der „Demokratischen Parteikorrespondenz" (Nr. 225 vom 8. Oktober) den Vorwurf zurück, daß die Demokraten an der Verschleppung der Preußenwahlen mitschuldig seien. Der Artikel trägt die Ueberschrift: „Preußenwahlen schnell als möglich" und schließt mit den förmlich auf den Magen schlagenden Worten: „Nun wage noch einer, die Deutsche Demokratische Partei zu beschuldigen, daß sie die Neuwahlen in Preußen hinausögern will. Er wäre ein Verleumder!" Es wäre allein die selbstbewußte Aufmachung täte, wäre damit die Frage endgültig zugunsten der Demokraten erledigt. Aber das wäre doch eine zu bequeme Art, unbequeme Tatsachen aus der Welt zu schaffen. Man muß sich sonach auch den Inhalt des Artikels kritisch ansehen. Er enthält im wesentlichen nichts als die inhaltliche Wiedergabe der Rede, die der Abg. Jansen namens der Demokraten am 7. Oktober in der Landesversammlung gehalten hat. In dieser Rede hat der Wortführer der Demokraten allerdings, durchaus entsprechend der allgemeinen Stimmung, wiederholt betont, man müsse „möglichst baldige Wahlen" verlangen. Er setzte aber leider sofort hinzu: „so weit es technisch möglich ist." Und um diese Frage dreht sich doch der Streit. „Die Demokraten fordern die Wahlen innerhalb von drei Monaten nach Erledigung der Verfassung", so drückt sich ihr Redner nach der Parteikorrespondenz aus. Das heißt, wie man das von anderer Seite auffaßt, wollen die Wahlen auch nach Annahme der Verfassung deren Erledigung schon so lange von der Mehrheit verschleppt worden noch um weitere drei Monate hinausögern. Sagt man das so, so ist man „ein Verleumder".

Wenn die Demokraten nun so empfindlich sind, so sollten sie wenigstens auch jede Verdächtigung anderer unterlassen. Es tun sie indes keineswegs. Vielmehr strotzt die Rede des Abg. Jansen von unzutreffenden Angriffen gegen die Rechte. Er behauptet er, und die „Demokr. Partei-Korrespondenz" bereichert diese Beschuldigung noch besonders: „Wenn die Nationalversammlung mit ihren Arbeiten nicht so schnell vorwärts kommen ist, ist die Schuld zum großen Teil zu suchen in den Agitationsanträgen und Agitationsreden der Rechten." Herr Jansen, der also seinen Kollegen im Parlament in echt demokratischer Gesinnungstüchtigkeit den Mund verbieten möchte, weiß selbstverständlich, daß diese Beschuldigung nicht der Wahrheit entspricht; die Verschleppung der Landtagsarbeiten ist vielmehr dadurch, daß so übermäßig lange Ferien gemacht wurden, wie die Mehrheitsparteien hätten verhindern müssen. Herr Jansen geht aber in seinen Verdächtigungen der Rechten noch weiter, entschieden über die Grenze der Böswilligkeit hinaus, wenn er fortfährt: „Die Deutschnationalen verlangen — nur Agitationsbedürfnis — schon heute einen bestimmten Termin: 12. Dezember. Ginge das Haus darauf ein, so könnte es kommen, daß die Rechte die Verfassung sabotiert." Das sind widerum Beschuldigungen, die sich der Redner der Demokraten aus der Luft greift, nur, um die schlechte Sache der eigenen Partei durch Scheingründe zu decken. Wenn er dabei von Agitationsbedürfnis" der Rechten spricht, so sucht er damit etwas hinter der Tür, hinter der er selbst steckt. Denn daß die Demokraten jetzt „möglichst baldige Wahlen verlangen", obwohl sie gleichzeitig eine weitere Verschiebung der Wahlen um drei Monate für nötig erklären, das sieht doch sehr nach Agitationsbedürfnis ihrerseits aus. Diese Ansicht wird man in weiten Kreisen des Volkes nicht los, mag sich die „Demokr. Partei-Korr." noch noch so sehr erregen.

Amtlicher Deutschenhaß in Nordamerika

Aus mancherlei Nachrichten, die aus den Vereinigten Staaten zu uns gekommen sind, konnte man den Schluß ziehen, daß sich die feindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten gegen Deutschland etwas gelegt habe, und daß man nicht zum wenigsten im eigenen Interesse, zur Vernunft zurückgekehrt sei. In weiten Kreisen des amerikanischen Volkes ist das auch zweifellos der Fall. Umso mehr muß es überraschen, daß man in einer amtlichen Mitteilung des Marineamts abermals eine lügnerische Beschimpfung Deutschlands vorfindet, deren völlige Haltlosigkeit und Unsinnigkeit auch ein Schüler der entgegenten amerikanischen Dorfes nachgerade kennt. Am 22. August ist der Presse vom Washingtoner Marineamt eine Erklärung zugestellt worden, die sich auf dem Bericht eines Kapitäns Gellweg über das Linienschiff „Ostfriesland" stützt, das die Amerikaner als „Beute" von ihrem Raubzug nach Europa erhalten, nicht etwa erobert haben. Nach der „Köln. Ztg." heißt es in dem Bericht:

Die den Schiffen zugefügten Schäden können gar nicht übertrieben werden. Was nicht gestohen war, das war zertrümmert. Der Vandalismus bekundete eine sehr vorsichtige Vorbereitung und die übliche Gründlichkeit der Hunnen in der Ausführung. Die Deutschen haben die Kriegsfahrzeuge nicht nur entwertet, sondern auch allerlei Vorkehrungen für Schäden bei künftigen Fahrten dadurch getroffen, daß sie Röhren und Ventile entfernten, was bei der Ueberfahrt zahlreiche Schwierigkeiten verursachte. In einem Falle barst ein sechsgeölliges Rohr und füllte den Maschinenraum unter Wasser, als das Schlachtschiff tausend Meilen von Europa entfernt war.

Ueber die Beschimpfung selbst kein Wort mehr, ihre Erfindung und erneute Verbreitung, hier gar in einer amtlichen Erklärung, kennzeichnet den Geisteszustand der Urheber und Verbreiter so deutlich, daß selbst ein Engel vergeblich dagegen ankäme. Der Grund dieser neuen Beschimpfung ist leicht erkennbar, denn der famose Kapitän erklärt noch, daß die Beschädigungen auf „willkürlichen Vandalismus" zurückzuführen und so gründlich geschehen seien, daß die „geplante Rundfahrt und Schaustellung des Schiffes in amerikanischen Häfen nicht durchgeführt werden könne." Also weil der anscheinend gar noch von deutschen Vorfahren abstammende Kapitän sein Reklamekunststück nicht befriedigen und seiner Eitelkeit fröhnen kann, mußte er seinem Aerger in dieser Beschimpfung der Deutschen Luft. Fürwahr ein reizendes Exemplar der patriotischen Helden, die in der amerikanischen Presse in den Himmel erhoben wurden. Wenn der Kapitän unterwegs — schauderhaft: tausend Meilen von Europa! — durch das Platzen eines Rohres ins Verlegenheit gekommen ist und auch sonst „zahlreiche Schwierigkeiten" hatte, so hätte er besser getan, das nicht zu erzählen, denn daraus geht nur hervor, daß die Amerikaner, wie übrigens auch die Franzosen und andere Teilnehmer des Raubfeldzuges, mit den technisch auf der höchsten Stufe stehenden deutschen Schiffen nichts anzufangen verstehen. Sie werden in dieser Beziehung, z. B. auch mit den gestohlenen Luftschiffen noch noch manches erleben, das ihnen Aerger und Kummer bereitet. Also die Verhinderung der „geplanten Reklamerundfahrt" und die Erkenntnis der eigenen Unfähigkeit zur Handhabung und Leitung eines deutschen technischen Meisterwerkes sind die Gründe, die diesen Renegaten zur Beschimpfung des Vaterlandes seiner Vorfahren veranlaßt haben. Er paßt zu Wilson, aber auch diese aufgewärmte Gemeinheit wird das sinkende Parteischiff im bevorstehenden Wahlkampf nicht vor dem Scheitern retten.

Der Sinnfeinerkrieg. Sonntag nacht haben die Sinnfeiner zwei Militär-Lastkraftwagen in der Nähe von Bandon in der Grafschaft Cork angegriffen. Ein Offizier wurde getötet, drei Soldaten verwundet. Ein Militärlastkraftwagen, der nach Castlereagh (Grafschaft Roscommon) fuhr, wurde in die Luft gesprengt; acht Soldaten werden vermißt.

Einschränkung des Fleischverbrauchs in Frankreich. Wie „Intransigeant" wissen will, plant die französische Regierung eine Einschränkung des Fleischerbrauchs durch das Verbot, in öffentlichen Lokalen am Abend Fleischspeisen zu verabfolgen.

Rußland mobilisiert weiter. Der Rat der Volkskommissare für Arbeit und nationale Verteidigung erließ ein Dekret, demzufolge alle Bürger von Sowjet-Rußland, die in den Jahren 1886, 1887 und 1888 geboren sind, mobilisiert werden.

Halle und Umgebung

Halle, 13 Oktober

Halle-Cöthen, der Kommunistenplan

Aus dem Prozeß gegen die Köthener Kommunisten. — Die Belastung des Zeugen Bormann aus Halle. — Warum nicht „losgeschlagen" wurde.

Eigene Drahtmeldung der „Saalezeitung".

s Dessau, 12. Oktober.

Im Verlauf der Sitzung im Köthener Kommunistenprozeß wird der Antrag der Verteidigung auf Unzuständigkeitserklärung des Ausnahmegerichtes nach längerer Beratung abgelehnt. Die Einsetzung des Gerichts widerspricht nicht irgend einem Artikel der Reichsverfassung. Das Gericht fällt vielmehr unter den Artikel 105 als Sondergericht im Sinne des Artikels 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Darauf wurde in die Hauptverhandlung eingetreten. Bei der Vernehmung des Angeklagten Bormann, des Vorsitzenden der Ortsgruppe der K. A. P. D. Halle entspann sich eine lange Auseinandersetzung über den Inhalt des bei dem Angeklagten Groß-Berlin am 21. August in Halle beschlagnahmten Buches, das die Namen von zahlreichen Personen enthält, hinter denen sich der Vermerk „Vertrauensmann" befindet. Das Buch enthält ferner zahlreiche Deckadressen. Nach Meinung der Anklage sollen die Aufzeichnungen die Grundlage für eine militärische Organisation der K. A. P. D. gebildet haben. Der Angeklagte Bormann bestritt dies und gab an, es seien nur die Namen von Bezirkskassierern. Die Deckadressen seien erforderlich gewesen zum Schutze der Kassen, die häufig von den Behörden beschlagnahmt werden seien. Der Vermerk „Vertrauensmann" erklärt sich aus einer Verwechslung.

Der Hauptangeklagte Privatsekretär „Dr." Berg bezeichnete sich als „Kommunist durch und durch", und zwar sei er „Nationalbolschewist". Seine Aussagen waren — und das ist sehr bezeichnend für ihn — für einige der Hauptangeklagten sehr belastend. Berg behauptet, in Belgien promoviert zu haben; dies wird von der Anklage stark bezweifelt. Dem Angeklagten Bormann wirft er vor im Gegensatz zu dessen Aussage, er habe ein Auto verlangt, um nach Berlin zu fahren, und dort die Erlaubnis zum Losschlagen für Halle und Hettstedt zu erlangen. Für den Fall, daß er diese Erlaubnis nicht bekommen würde, hätte Bormann erklärt, auf eigene Faust losschlagen zu wollen. Dies wird von Bormann bestritten.

Das Gericht vertagt um 5 Uhr die Verhandlung auf Mittwoch. Das Verfahren wegen Hochverrats am Reichsgericht wird durch diese Verhandlung nicht berührt.

Die irischen Freiheitskämpfer an den deutschnationalen Volksverein

Gelegentlich der gewaltigen vaterländischen Kundgebung anläßlich des Vortrags von Herrn Schriftleiter Abel im Thaliasaal vom 4. Juli 1920 wurde, wie sich die Teilnehmer wohl erinnern werden, auch eine Entschließung bzgl. Irland abgefaßt. In dieser Entschließung wurde dem irischen Volke zu seinem Freiheitskampfe gegen den englischen Bedrücker Glück gewünscht, und die irischen Freiheitskämpfer wurden der ganzen Sympathie der im Thaliasaal versammelten deutschnationalen Frauen und Männer versichert. Auf diese Entschließung hin ist nun folgende Antwort vom irischen Freiheitsausschuß in Newyork eingetroffen:

„Auf dem am 10. September 1920 von der irischen Freiheitspartei einberufenen Kongreß wurde die gefaßte Entschließung der von den im Thaliasaal Halle versammelten deutschnationalen Männern und Frauen verlesen. Die Entschließung wurde mit gewaltiger Begeisterung aufgenommen und der Ausschuß wurde beauftragt, den Hallenser Deutschnationalen Frauen und Männern den bezüglichen Dank der Vertreter des irischen Volkes auszusprechen. Die Iren fühlen die Wohltat dieser Entschließung um so tiefer, weil die Deutsch-Amerikaner der irischen Sache noch viel zu wenig Interesse entgegenbringen. Die auf dem Kongreß versammelten Vertreter des irischen Volkes werden die Hallenser Entschließung zur Kenntnis aller Iren bringen und versichern die Hallenser deutschnationalen Männer und Frauen ihrer tiefgefühlten Dankbarkeit."

Der Streik in den Riebeckschen Braunkohlengruben dauert an

Die Arbeiterratsmitglieder der Grubenverwaltung Oberröblingen sind gestern zu Verhandlungen in Halle gewesen, die leider zu keinem Ergebnis geführt haben. Einige von den gestellten Forderungen betreffen die Durchführung des Tarifvertrages vom 17. April 1920.

Die Arbeiterratsmitglieder waren der Auffassung, daß über diese Forderungen beraten werden konnte, ohne zu der Verbindlichkeit und Anerkennung des Tarifvertrages im ganzen Stellung nehmen zu müssen. Der Vorstand der Gesellschaft konnte diesem Standpunkt nicht beipflichten und verlangte Anerkennung aller tarifanistisen Bestimmungen. Da der Tarifvertrag nur als Ganzes betrachtet werden kann und bei Ablehnung einzelner Paragraphen durch die Belegschaft auch keine Verpflichtung des Arbeitgebers mehr besteht, die Bestimmungen über Lohnzahlung und Deputate zu erfüllen. Die Arbeiterschaft der Grubenverwaltung Oberröblingen ist am 11. in den Streik getreten unter Umgehung der Vorschrift des § 17 des Tarifvertrages, der vorschreibt, daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten über Fragen des Arbeitsverhältnisses die zuständige Untergruppe Halle der Arbeitsgemeinschaft für den Braunkohlenbergbau angerufen werden soll. Der Vorstand hat in Anerkennung dieser Bestimmung unter dem 11. Oktober die Angelegenheit der Untergruppe Halle übertragen und mußte, wenn er nicht den am Tarifvertrag beteiligten Arbeiter-Organisationen gegenüber tarifbrüchig werden und den Tarifvertrag nicht überhaupt illusorisch machen wollte, auf Verhandlungen vor der Arbeitsgemeinschaft bestehen. Er mußte dies umsomehr tun, als durch den unberechtigten und gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages hervorgerufenen Streik die Oeffentlichkeit auf die Angelegenheit der Grubenverwaltung Oberröblingen aufmerksam geworden ist und daher der Vorstand der Gesellschaft die Pflicht hat, vor einer neutralen Stelle die Streikangelegenheit erörtert und erledigt zu sehen. Die Arbeitervertreter haben sich leider dieser Auffassung nicht angeschlossen und haben infolgedessen den Verhandlungsraum verlassen.

Es handelt sich also jetzt in erster Linie um die Tatsache, ob die Oberröblinger Arbeiterschaft den Tarifvertrag und damit die Arbeitsgemeinschaft als Schlichtungsstelle anerkennen will oder nicht.

— **Straffammer.** Eine diebische Elster ist die 1898 geborene Arbeiterin Anna Valesse, die gegenwärtig eine ihr in Oels zuerkannte Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verbüßt. Am 28. Oktober v. J. traf sie hier mit einer Frau zusammen, mit der sie die Schule gemeinsam besucht hatte. Die Frau nahm sie mit in ihre Wohnung und bewirtete sie, dann gingen beide fort, weil die Frau Besorgungen zu machen hatte. Vor dem Fortgehen nahm die Frau noch Geld aus einem Kleiderschranke im Nebenzimmer, was die Valesse aber sehen konnte. Sie muß dabei beobachtet haben, daß die Frau ein Bündel Fünfzigmarkscheine wieder in den Kleiderschrank legte. Als beide später wieder zu Hause waren und die Frau sich auf etwa 10 Minuten aus dem Zimmer entfernt hatte, muß die Valesse diese Zeit benutzt haben, um aus dem Kleiderschranke das ganze Paket Geld, reichlich 5000 Mark, an sich zu bringen. Die Summe war erst am Sonnabend abend eingegangen, so daß sie noch nicht fortgeschafft werden konnte. Als die Frau nach der kurzen Abwesenheit wieder ins Zimmer kam, hatte die Valesse sich fertig angekleidet und die Hand auf der Türklinke, um fortzugehen. Etwas später entdeckte dann die Frau zu ihrem nicht geringen Schrecken das Fehlen des Geldes, das nur die Valesse genommen haben konnte. Diese stand nun vor Gericht, leugnete aber hartnäckig, das Geld genommen zu haben. Da die Angeklagte mehrfach wegen Diebstahls verurteilt worden ist, so hielt das Gericht nach Lage der Sache die Angeklagte für schuldig, versagte ihr mildernde Umstände und verurteilte sie wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle antragsgemäß zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren.

Provinz Sachsen

= **Beesen,** 12. Okt. (Von der Beesener Kirche.) Unser Bericht in Nr. 461 d. Ztg. über die Schließung der Beesener Kirche hat mehrfach den Anschein erweckt, als ob damit eine Anklage gegen die hiesigen Geistlichen erhoben werden sollte. Diese Absicht hat natürlich ferngelegen um so mehr, als dieser Beschluß von den beiden kirchlichen Körperschaften gefaßt worden ist. Es sollten lediglich Vorschläge gemacht werden zur Wiedereröffnung der Gottesdienste und zur Hebung des Kirchenbesuches. Dieser Zweck ist auch bereits erreicht, denn am Mittwoch soll eine Versammlung der Kirchenvoten Einwohner stattfinden, worin über diese Angelegenheit beraten werden soll.

— **Mansfeld,** 12. Okt. (Die Wippertalbahn), die die Städte Wippra und Mansfeld verbindet, ist in ihrem Bau soweit gefördert, daß sie am 1 November dem öffentlichen Verkehr übergeben werden kann.

— **Eisleben,** 12. Okt. (Fünfzigjähriges Jubiläum der Oberrealschule.) Die hiesige Oberrealschule feiert am 21., 22. und 23. Oktober ihr fünfzigjähriges Bestehen. Von der Schule sind für diese Tage größere Feierlichkeiten geplant. Alle ehemaligen Schüler der Anstalt sollen zur Teilnahme an diesen Feierlichkeiten eingeladen werden. Der Verein ehemaliger Realschüler sammelt die Anschriften aller ehemaligen Schüler der Anstalt und fordert diese auf, ihre Anschriften an den Vorsitzenden des Vereins, Buchhändler Walter Probst, (Kuhnsche Buchhandlung) in Eisleben einzusenden.

— **Aschersleben,** 12. Okt. (Provinzial-Lehrertag.) Nach einer Pause von sieben Jahren hielten der Lehrerverband und der Pestalozziverein der Provinz Sachsen ihre Hauptversammlung in Aschersleben ab. Sehr ausführlich berichtete Lehrer Höfi-Magdeburg über den Stand der Besoldungsfrage und den Stand der Verhandlungen im Gutachterausschuß. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Lehrer Hortmann-Magdeburg wiedergewählt. Neben der Behandlung der Organisationsfragen wurde noch die Regelung der Pflichtstundenzahl gefordert, Seminarlehrer Homburg-Neuhaldensleben sprach über „Staatsbürgerliche Erziehung, Staatsbürgerkunde und Reichsverfassung". Nach lebhafter Aussprache wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Hauptversammlung wegen der ungeklärten Lage von einer verpflichtenden Beschließung über den staatsbürgerlichen Unterricht absehen soll.

d. **Halberstadt,** 12. Oktober. (Die Abneigung der Laien, an der Rechtsprechung teilzunehmen), zeigte sich bei der gestern stattgefundenen Eröffnung des Schwurgerichts. Von 27 anwesenden Geschworenen hatten elf um Befreiung von dem Amte gebeten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gerstein bedauerte das im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung der Laiengerichte und forderte die Herren auf ihr Amt mit Freude und Verantwortungsgefühl zu erfüllen. Verhandelt wurde gegen die Witwe Anna Talisch wegen fahrlässigen Falscheids, sie erhielt sechs Monate Gefängnis. Ihr Anstifter, der Bauer Walter Kröber ein Jahr Zuchthaus.

S. **Dessau,** 12. Oktober. (Wieder ein Kirchenraub.) In der letzten Nacht drangen Einbrecher in die St. Paulskirche, stahlen, so drahtet unser s.-Sondermitarbeiter, einen goldenen Kelch, zwei wertvolle Altardecken und zwei Talare, außerdem beschmutzten sie die heilige Schrift in nicht wiedergegebender Weise.

— **Sondershausen,** 12. Oktober. (Bauarbeiterstreik.) Die organisierten Bauarbeiter von Sondershausen sind am Montag in den Streik getreten. Die dem Allgemeinen Industriellen-Verband angehörenden Unternehmer lehnen jede Forderung und Verhandlung ab.

— **Erfurt,** 12. Oktober. (Ein Mordversuch) ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag an der erblindeten Ehefrau des Arbeiters Berthold Müller verübt worden. Die Frau, die in das Krankenhaus eingeliefert wurde, hatte eine stark blutende Wunde am Hinterkopf. Die Darstellung Müllers, daß es sich um die Tat eines Einbrechers handle, erscheint nach Lage der Verhältnisse wenig wahrscheinlich. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist deshalb der Ehemann vorläufig festgenommen worden. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten war gespannt, da Müller Verkehr mit anderen Frauenspersonen unterhielt.

— **Erfurt,** 12. Oktober. (Ein Ehrenhain) zur Erinnerung an 13 im Kriege gefallene und zwei vermißte Mitglieder des Turnvereins zu Büßleben bei Erfurt wurden am Sonntag in feierlicher Weise eingeweiht. Für jeden der Gefallenen ist im Ehrenhain ein mit den Namen des Turners versehener Lebensbaum gepflanzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010131-13/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Die Bauausführungen

Uns wird geschrieben:

Zur Erleichterung der Zwischenkreditfrage sind amtlich der letzten Baumesse in Leipzig durch Beratungen zwischen Bauausführungen bzw. Siedlungskreisen und dem Bauwarengroßhandel brauchbare, viel versprechende Vorschläge gemacht worden. Es hat sich somit der vorteilhafte Einfluß der Baumesse, welche alle zum Baufach Gehörende zusammenfaßt, auch auf dem Gebiete der Geldbeschaffung, also einer rein wirtschaftlichen Frage, gezeigt.

Die Leipziger Baumesse mit dem regelmäßigen Zusammentreffen aller zum Baufach gehörenden Kreise haben sich nicht nur als Gradmesser, sondern als wichtigste Zentralstelle für das gesamte Baufach erwiesen, welche von bestimmter, ausschlaggebender Bedeutung für die Gestaltung des Bauwesens ist. Es hat sich aus diesem Grunde als nötig erwiesen, die Baumesse in großzügiger Weise auszubauen, um den zurzeit stagnierenden Baumarkt zu fördern zur Behebung der Wohnungsnot und zur Belebung der Siedlungsfrage. Den Ausbau haben die an den Baumessen am meisten interessierten Kreise, die Aussteller, unternommen, welche sich in einer „Vereinigung der Leipziger Messe-Aussteller für Bau- und Wohnwesen, e. V.", zusammenschlossen, denen zum Ausbau seitens der Stadt ein großes Ausstellungsgelände mit geeigneten Hallen zur Verfügung gestellt wurde. Es wird auf diese Weise ermöglicht, nicht nur wie bisher die nackten Baustoffe zu zeigen, sondern moderne, sparsame Bauweisen aufzuführen, um der Fachwelt und dem baulustigen Publikum sowie den Baubehörden eine Zusammenstellung zeitgemäßer Baumethoden und vorhandener Baustoffe zu bieten. Die genannte Vereinigung übernimmt selbst die Vermietung der Plätze und die Aufteilung des Geländes von bautechnisch-architektonischen Gesichtspunkten aus, um etwas Praktisches und gleichzeitig Vorbildliches zu schaffen. Mit welch großem Beifall der Ausbau der neuen Bautechnischen Messe, die zum ersten Male im Frühjahr 1921 abgehalten werden soll, in Fachkreisen begrüßt wird, haben die zahlreichen Platzvormerkungen der letzten Messe gezeigt.

Allen Interessenten, die den Bau entwerfen oder leiten, am und für den Bau arbeiten, für diesen liefern oder ihn ausstatten, muß Gelegenheit gegeben werden, ohne Aufwendung großer Kosten die bautechnische Messe zu besuchen, um sich dort zu informieren und zu kaufen.

Jeder, der mit dem Baufach in Verbindung steht, soll über den Zweck und Sinn, sowie über die Wichtigkeit der Leipziger Baumesse für das deutsche Wirtschaftsleben aufgeklärt, zum Besuch derselben bewogen werden und auf der Messe seinen Jahresbedarf decken; dadurch werden Unsummen erspart an Reklamekosten und Geschäftsunkosten, sowie Reisespesen jedes einzelnen. Nur so wird die herbeigesehnte Verbilligung aller Produkte der Baubranche möglich sein.

Die Leitung und Platzvergebung für die neue bautechnische Messe geschieht seitens des Ausstellerverbandes, welcher auf gemeinnütziger Grundlage arbeitend, die Plätze zum Selbstkostenpreise abgibt und keinerlei Gewinn daraus zieht. So werden die heutigen ungeheuren Spesen vermindert und die Leipziger Messe wird zu einer idealen Verkaufsveranstaltung. Mit welch großem Beifall der Ausbau der bautechnischen Messe in den Fachkreisen aufgenommen ist, zeigte die letzte Herbstmesse, welche trotz des nicht allzu glänzenden Geschäftes außerordentlich viele Platzvermerkungen für die zukünftige Bautechnische Messe brachte.

B. T. M.

Geldmarkt und Banken

* **Darlehnskasse für Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene, e. G. m. b. H., Nürnberg.** Unter diesem Namen ist ein Unternehmen ins Leben gerufen worden, das den Zweck verfolgt, Kriegsteilnehmern und -Hinterbliebenen durch Gewährung von langfristigen Darlehen bei niedrigem Zinsfuß beim Aufbau ihrer durch den Krieg geschädigten Existenz förderlich zu sein, ferner zum Zwecke der Gewährung von Darlehen, Spareinlagen, gleich in welcher Höhe, von jedermann entgegenzunehmen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Genossenschaft, Nürnberg, Rathenburgerstraße 1.

Bankverein Göttingen A.-G. Der Reingewinn einschl. 28 960 M. Vortrag beträgt 451 465 M., woraus 6 (5) Proz. Dividende verteilt, 60 000 M. zu Abschreibungen verwendet, 120 000 M. der Reserve und 80 000 M. der Rückstellung für Zinsbogensteuer zugewiesen, sowie 42 578 Mark vorgetragen werden.

Aktiengesellschaften

Kleinbahn A.-G. Könnern-Rothenburg

Die gestern im Hotel Stadt Hamburg stattgefundene Generalversammlung nahm den Bericht über das abgelaufene Betriebsjahr entgegen, nach welchem eine Dividende nicht gewährt wird. Nach Mitteilung der Verwaltung ist auch in den nächsten Jahren mit der Ausschüttung einer Dividende nicht zu rechnen. Im Verhältnis zu anderen Betrieben sei das abgelaufene Geschäftsjahr der Gesellschaft nicht ungünstig zu nennen, da man doch wenigstens einen kleinen Reingewinn erzielt hätte, während andere Gesellschaften mit hoher Unterbilanz arbeiten. Vorstand und Aufsichtsrat wurde einstimmig Entlastung erteilt. Neu in den Aufsichtsrat wurde Landrat Adolf Thiele-Halle a. S., gewählt. Die Versammlung stimmte ferner einer Erhöhung des Aktienkapitals von 490 000 M. auf 700 000 M., also um 210 000 M. zu. Von seiten des Vorstandes wurde mitgeteilt, daß die Gesellschaft betreibt sei, die Gehälter der Beamten auf die Höhe der Staatsgehälter zu bringen. Es wird sich dies aber nur bis zu 80 Prozent ermöglichen lassen.

Die Betriebsrechnung weist eine Einnahme von 99 476,95 Mk. und eine Ausgabe von 67 767,26 Mk. auf. Es verbleibt ein Ueberschuß von 31 709,69 Mk., zu dem ein Vortrag aus 1918/19 in Höhe von 407,24 Mk. tritt, so daß 32 116,93 Mk. Ueberschuß zu verzeichnen sind. Hiervon beanspruchten die Unkosten 2502,75 Mark, Zinsen 5005,80 Mk., Kursverlust 428 Mk., Rücklage in den Erneuerungsfonds 5043 Mk., Rücklage in den Spezialreservefonds 318,41 Mk., Rücklage in den gesetzlichen Reservefonds 984,20 Mk. Für Abschreibungen werden 18 799 Mk. beanspruscht. Der verbleibende Ueberschuß von 345,77 Mk. wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann, Akt.-Ges. in Mölkau. Nach Abschreibungen von 68 170 Mk. ergibt sich zuzüglich Vortrag als Reingewinn von 1 054 021 Mk., woraus eine Dividende von 20 Proz. (15 Proz.) sowie eine Sondervergütung von je 100 Mk. (0) zur Ausschüttung kommen soll. Da auch größere Ausgaben für Löhne und Materialien bevorstehen, soll das Aktienkapital um 1 500 000 Mk. erhöht werden. Die neuen Aktien sollen den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 3 zu 1 zum Uebernahmekurs von mindestens 120 Proz. angeboten werden. Der Auftragsbestand hat sich gehoben; das Unternehmen ist seit einiger Zeit voll in Betrieb.

Buderusche Eisenwerke in Wetzlar. Der Aufsichtsrat beschloß, das Aktienkapital um 14 250 000 Mk. in der Weise zu erhöhen, daß die neuen Aktien den Stammaktionären im Verhältnis 1:3 zum Kurse von 165 Proz. angeboten werden. Gleichzeitig sollen weitere 2 000 000 Mk. Vorzugsaktien ausgegeben werden. Diese Aktien werden von einer Gesellschaft nahestehenden Seite übernommen.

Die Kleinbahn-Aktiengesellschaft Tangermünde-Ueberitz hat beim Bestbieter der Wrohnstrecke Demker—Bildarik Oberbau- sowie rollendes Material und einige Gebäude so günstig verkauft, daß sich nach Tilgung des 68 000 Mark betragenden Betriebsverlustes eine Summe von 1 650 000 Mark ergibt. Wegen der Gebäude in Demker und Ueberitz und des noch nicht verkauften Grunds und Bodens schweben noch Verkaufsverhandlungen. Der Aufsichtsrat beschloß, innerhalb Millionen Mark gegen 5 Prozent und hypothekarische Sicherheit auszuleihen und den Aktionären bis auf weiteres 4 Prozent zu zahlen.

Handel, Industrie, Handwerk

* **Kleinsiedlungs- und Baugesellschaft Mansfeld, G. m. b. H., Eisleben.** Der Kreisschulkommissar Siegmund Gutbrod, Halle a. S., ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

* **Walhalla-Automat, G. m. b. H., Halle.** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator ist Rechtsanwalt Gage-Halle a. S.

* **Ida. Industriebaugesellschaft m. b. H., Leipzig-Lindenau.** Die kürzlich gegründete Gesellschaft ist in das Handelsregister Leipzig eingetragen. Der Gegenstand des Unternehmens ist Entwurf und Ausführung von Tief- und Betonbauten. Das Stammkapital beträgt 25 000 Mark.

* **August Knoche-Wallwitz, G. m. b. H., Hamersleben bei Oschersleben.** Das frühere Nikkamengesellschaft August Knoche-Wallwitz ist in eine G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 300 000 Mark umgewandelt worden.

* **Gewerbebank Ruhla, e. G. m. b. H.** Der frühere Spar- und Vorschußverein zu Ruhla, e. G. m. b. H., hat seine Firma in vorstehendem Namen geändert.

* **Aus Handelsregistern.** Handelsregister Jena. Unter Nr. 775 der Abt. A ist die Firma Louis Jughenn, Werkzeug u. Maschinenbau, eingetragen. — Handelsregister Altenburg (S.-A.). In Abt. B unter Nr. 75 ist die Mitteldeutsche Thomasphosphatmehl- u. Düngemittelwerke, G. m. b. H., Altenburg, eingetragen worden. Stammkapital 550 000 Mark. — Handelsregister Schleudit. In Abt. A ist unter Nr. 116 die Firma Apparatebau Schleudit, Inhaber Walter und Paul Lehmann, Schleudit, eingetragen worden. — Handelsregister Weißenfels (Thür.). In Abt. A ist unter Nr. 43 die Lohgerberei Gebrüder Kerst, Weißenfels i. Thür. eingetragen. — Genossenschaftsregister Delitzsch. Unter Nr. 49 ist die Ländliche Spar- u. Darlehnskasse Werlitzsch und Umgegend, e. G. m. b. H., eingetragen worden.

Die Merseburger Ueberlandbahnen A.-G. wird demnächst eine neue Bahnstrecke von Frankleben nach Kayna bauen.

Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron plant in Bitterfeld den Bau einer Graphitfabrik.

Die Ueberlandzentrale Südharz plant umfangreiche Erweiterungen ihrer Anlagen, für die sie im Kreise Worbis 6 Millionen der Grafschaft Hohenstein 7 Millionen und Schwarzburg-Sondershausen 8 Millionen aufwenden will.

Meldekarten für gewerbliche Verbraucher von Kohlen. Die Bekanntmachung über Belieferung und Meldepflicht gewerblicher Verbraucher von mindestens 10 To. Kohle, Koks und Briketts für November übernimmt im wesentlichen die Bestimmungen, die für die Oktobermeldungen galten. Neu ist die Meldepflicht ausgedehnt worden auf Ersatzbriketts aus Abfallstoffen. Die Meldekarte für diese ist nicht an die amtliche Verteilungsstelle, sondern an die Abteilung V des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, Berlin W 62, Wichmannstraße 19, zu senden.

Der Abbau der Bewirtschaftung von Oelen und Fetten. Im Zusammenhang mit der Verordnung vom 24. Oktober, durch welche die Zentralbewirtschaftung der Oele und Fette aufgehoben worden ist, ist auch die Bekanntmachung vom 8. November 1915 aufgehoben, welche Ablieferungspflicht für einzelne Oele und Fette aussprach. Auch die Verordnung vom 9. Oktober 1915, nach der tierische und pflanzliche Oele und Fette zu Schmier-, Brennzwecken usw. sowie unvermischt nicht verwendet werden dürfen, ist aufgehoben. Ausdrücklich wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Bekanntmachung vom 6. Januar 1916, welche die Verarbeitung von Butter, Butterschmalz, Margarine, Kunstspeisefett, Speck, sowie Rinder-, Schaf- und Schweinefett zu technischen Zwecken verbietet, sowie die Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten zur Herstellung von kosmetischen Mitteln usw. vom 20. Januar 1920 in Kraft bleiben.

Warenberichte

Vom Leipziger Rauch- und Wildwarenmarkt. Je weiter wir in den Herbst hineinkommen, um so besser läßt sich das Geschäft in der Rauchwarenbranche an. Berliner, Prager und Wiener Konfektionäre belebten in letzter Zeit den Leipziger Markt durch lebhaftes Kaufinteresse. Sehr begehrt sind gegenwärtig kreuzgeblendete Füchse, silbergefärbte Füchse, Hamsterfutter, Bisamfutter sowie Maulwurfsfellen. Auch Skunks und australische Opossum werden lebhaft gehandelt. Katzen sind in guter Frage. Von Wildwaren erfreuen sich rohe Füchse, Marder und Iltisse starker Beachtung. Die Preise sind durchweg anziehend. Auch rohe Kanin verzeichnen günstige Geschäfte. Von gefärbten Kanin werden hauptsächlich Biberette-Kanin, Maulwurfs-Kanin und Skunks-Kanin gefragt. Man sieht allgemein dem Geschäft der nächsten Wochen mit Zuversicht entgegen.

Vom Häutemarkte. Die neuesten süddeutschen Häutesteigerungen brachten, wie berichtet, wesentlich höhere Preise als im Vormonat. Trotz der genannten Preissteigerung liegt aber eine wirkliche Hausse-Tendenz auf seiten der Käuferschaft keineswegs vor. Es ist ganz sinnlos, die Inlandspreise emporzutreiben im gleichen Zeitpunkt, wo im Ausland die Lager der Händler mit Rohwaren überfüllt sind und nur unsere Valuta sich noch etwas zu bessern braucht, um eine große Einfuhr ausländischer Häute sofort einsetzen zu lassen. Daß der ausländische Handel dringend auf den Augenblick wartet, wo er seine angespannten Geldverhältnisse durch Warenabgabe nach Deutschland entlasten kann, ist durch sichere Beweise belegt. Da die gesunde, geordnete Entwicklung der freien Lederwirtschaft in Frage steht, so verdient die nächstwöchige Häutesteigerung in Berlin aufmerksame Beachtung.

Der Kartoffelmarkt in Schlesien. In Schlesien erreicht der durch Lieferungsverträge gebundene Teil der verfügbaren Ernte ungefähr die Höhe von 8 bis 10 Millionen Zentner. Die Ernte geht flott vonstatten und hat größere Fortschritte gemacht. Die Erträge sind aber nicht so bedeutend, wie man dies noch vor einigen Monaten mit gutem Grund erwarten zu dürfen glaubte. Die Preise schwanken zurzeit zwischen 26 und 30 M. der Zentner, je nach Qualität.

Zur Lage des bayerischen Kartoffelmarktes. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ist die bayerische Kartoffelernte, insbesondere in Oberbayern, als gute Mittelernte zu bezeichnen. In der Donau- und Maingegend kann sogar von einem guten Ergebnis gesprochen werden. Gegenwärtig beträgt der Großhandelsverkaufspreis 30 M. pro Zentner, der Kleinhandelspreis 87 bis 88 Pfg. für das Pfund.

Offizielle Notierung der Bremer Baumwollbörse. Bremen, 9. Oktober, 6 Uhr nachmittags. Amerikanische Baumwolle fully middling, good colour and staple, loco 47,00 M. (47,00 M.) per Kilogramm.

Die Hopfenernte in Bayern. Nach amtlicher Schätzung hat sich die Anbaufläche von 6550 Hektar auf 10 088 Hektar erhöht. Der Gesamthopfenertrag wird auf 49 018 Doppelzentner (i. V. 28 736 Doppelzentner) geschätzt. Die Qualität wird im allgemeinen als „sehr gut" bis „gut" beurteilt.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 12. Oktober. Die [illegible] Steigerung der Auslandsdevisen bewirkte auch am Produktenmarkt ein erneutes Anziehen der Preise der davon betroffenen Artikel. Das gilt auch für Mais. Auch wurde eine [illegible]merklichen Erhöhung durch Abgabe der zweiten Hand [illegible] geboten. Von Erbsen wurden bei starkem Begehr [illegible] Viktoriaerbsen höher bezahlt. Für Raps hat sich die [illegible] etwas vermehrt und die Preise stellten sich höher. Für [illegible] futterstoffe und Rauhfutter blieb die Preisgestaltung fest. [illegible] gegen zeigte sich für Lupinen und Seradella weniger [illegible] Das Wetter ist schön.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 12. Oktober. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99%	2125/2150
Orig.-Hütten-Weichblei	740-760
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	935—950
Remelted-Platten-Zink	630—640
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	3400/3500
Orig.-Hütten-Alumin. in Draht oder Drahtwaren	[illegible]
Zinn (Banca-Straits-Billiton)	[illegible]
Hüttenzinn (mind. 99%)	[illegible]
Reinnickel (98-99%)	4500
Antimon (Regulus)	[illegible]
Silber in Barren, ca. 90 % für 1 kg	[illegible]
Elektrolytkupfer	2700

Devisenkurse. Berlin, 12. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Gegenüberstellung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	12. Oktober Geld	12. Oktober Brief	11. Oktober Geld	11. Oktober Brief
Amsterdam Rotterdam	2080,40	2084,60	2047,95	2052,05
Brüssel-Antwerpen	464,50	465,50	459,50	460,50
Christiania	924,05	925,95	914,05	915,95
Kopenhagen	939,05	940,95	926,55	928,45
Stockholm	1318,65	1321,35	1303,65	1306,35
Helsingfors	180,50	181,20	183,80	184,20
Italien	264,70	265,30	264,70	265,30
London	225,—	225,50	231,50	232,—
New-York	66,93	67,07	65,68	65,82
Paris	438,95	438,95	426,05	426,05
Schweiz	1066,40	1068,60	1058,90	1061,10
Spanien	964,—	966,—	961,50	963,50
Wien (alles)	24,97	25,03	24,97	25,03
Deutsch-Oest. abgest.	24,47	24,53	23,97	24,03
Prag	83,—	83,20	82,90	83,10
Budapest	18,23	18,27	18,10½	18,14

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	12. Oktober	11. Oktober
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	280—305	290—32[illegible]
kleine	205—240	205—2[illegible]
Futtererbsen	160—180	160—18[illegible]
Linsen	400—470	400—6[illegible]
Peluschken	150—175	150—17[illegible]
Ackerbohnen	160—180	160—18[illegible]
Wicken	130—160	130—16[illegible]
Lupinen, blaue	70—85	70—85
„ gelbe	80—105	80—10[illegible]
Seradella, alte	75—80	75—80
„ neue	100—110	100—12[illegible]
Vicia villosa	—	—
Raps	415—420	408—41[illegible]
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	370—385	370—38[illegible]
Mohn	500—560	500—56[illegible]
Senfsaat	180—210	180—21[illegible]
Hirse, inländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	78—81	78—8[illegible]
Torfmelasse	72—75	72—75
Hackselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	28—31	28—31
Kleeheu	37—42	37—42
Stroh, drahtgepreßt	22—24½	20—22
„ gebündelt	19—21	17—19
Mais, loko ab Hamburg	—	—
„ per	182	187
Kartoffeln, unsortiert	—	—
„ sortiert	—	—
Runkelrüben	10—11½	—
Möhren, rote	14—15½	—
„ gelbe und weiße	13½—13	—

Reis, frei Kaiwaggon Hamburg, per 1 kg —.—.
Reis, Brasil-Vollreis per loko 1 kg —.— per 1 kg —.—.
Burmareis 14 tätig 10,00—10,20, frei Kaiwaggon Hamburg —.—.

„H.Z." Sportberichte

Rennen zu Frankfurt a. M.

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. **Niederwald-Rennen.** 1. Medusa (Schmidt); 2. [illegible] Effendi; 3. Balte. Tot.: 16, 10, 10. Ferner lief: Star. — 2. **Herbst-Jagdrennen.** 1. Lubendorff II (Pfeiffer); 2. [illegible] trub; 3. Stella II. Tot.: 24. — 3. **Frankfurter Gold-Pokal.** 1. Wallenstein (Zimmermann); 2. Optimist; 3. Leichtsinn. Tot.: 89, 15, 17. Ferner lief: Pallenberg. — 4. **Freier Ausgleich.** 1. Faida (Korb); 2. Romange; 3. Oberfeldherr. Tot.: 18, [illegible] 16. Ferner liefen: Ottexa, Herzlieblste. — 5. **Kranichsteinrennen.** 1. Cfardas-Fürsin (Gotzen); 2. Filmdiva; 3. Herzenfeld. Tot.: fehlt. — Ferner liefen: Schafal, Vorwärts, Nerva, Gilel, Eilenburg, Egmont, Germane, Monarchist. — 6. **Trots-Jagdrennen.** 1. Giroflé (Einfinger); 2. Napoleon; 3. La Fordonbaine. Tot.: (fehlt). Ferner lief: Odin.

— **Saale-Regatta-Verein.** Am Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 2½ Uhr findet auf der unteren Saale vom Bootshaus der Rudergesellschaft von 1874 (Nelson) bis zur Jahnsbrücke eine Auffahrt der hiesigen Ruderklubs unter Beteiligung des Ruderklubs „Saxonia", Dölau, statt. Nach den gestern eingegangenen Meldungen werden rund 100 Boote an der Auffahrt teilnehmen und zwar alle Bootsgattungen: Einer, Zweier, Doppelzweier, Vierer, Achter, sowohl Rennboote als auch Gig-boote; es wird also ein sehr interessantes Schauspiel werden, wie es Halle noch nicht gesehen hat. Die Leitung der Auffahrt liegt in den Händen des Saale-Regatta-Vereins.

— **Städtewettkampf Budapest—Berlin.** Der so erfolgreich verlaufene Leichtkrieg-Städtekampf Wien—Berlin hat bereits seine Wirkung nicht verfehlt. Auch in Budapest hat Stimmen laut geworden, die darauf abzielen, im kommenden Jahre einen gleichen Kampf mit der deutschen Reichshauptstadt und Budapest ins Leben zu rufen. Da die Ungarn über sehr rüstige Leichtathleten verfügen, wäre ein Zustandekommen dieses Kampfes zu begrüßen.

Hauptschriftleiter: Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Bötticher; für politische Nachrichten u. Aus aller Welt: Paul Wolf; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Hattig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallenschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192010131-13/fragment/page=0004